

Zeit Zeichen

NUMMER 5 | DEZEMBER 2018 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 63. Jahrgang | 4 Euro | Jahresabo 17€

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und
Wien

Spielerisch Arbeitswelt gestalten

Das „Legislative Theater“
mobilisiert und schafft
Partizipation

FOTO: JOSCHKA K-CK



Die FCG im Spannungsfeld Der 12-Stunden-Tag konterkariert das Bestreben nach guter Arbeit **Seite 7**

Damit ein Leben mehr ist
50 Jahre Betriebsseelsorge in der Diözese St. Pölten
Seite 8–10

Gibt es noch eine Sonntagskultur?
Kroatien auf dem Weg zur Sonntagsruhe im Handel
Seite 14–15

Ein Theater um die Prekarisierung

Spielerisch Gesetze schreiben mit Legislativem Theater

Wie können wir den heute in allen Bevölkerungsschichten alltäglichen prekären Arbeitsverhältnissen etwas entgegensetzen? Wie können wir dem Gefühl, uns in der Politik nicht mehr gehört zu fühlen, entgegenwirken? Dies sind Fragen, die der Verein „Theater der Unterdrückten Wien“ (TdU Wien) in Zusammenarbeit mit slowenischen PartnerInnen und Organisationen der österreichischen Zivilgesellschaft im Legislativen Theaterprojekt „Status Quo“ miteinander zu verbinden suchte. Ein Beitrag des Sozialwissenschaftlers und Theatermachers Joschka Köck.

Das „Legislative Theater“ ist eine Form des „Theaters der Unterdrückten“ (TdU), das in den 1970er Jahren in Lateinamerika in enger Verbindung mit der Befreiungstheologie entstand. Augusto Boal, heute als der Begründer des TdU bekannt, wurde 1993 für die Arbeiterpartei PT Stadtrat von Rio de Janeiro. Dieser Zeitpunkt gilt als der Beginn des Legislativen Theaters, denn von nun an benutzte Boal das von ihm entwickelte Forumtheater, um BürgerInnen aktiv an der Gesetzgebung zu beteiligen. Mehr als zehn Gesetze wurden mithilfe von Legislativem Theater in der Amtszeit Boals für Rio verabschiedet. Auch in Österreich gibt es sehr erfolgreiche Beispiele, etwa die Arbeit der Theaterwerkstatt „InterAct“ in Graz und der Steiermark oder die Verabschiedung des neuen Inklusionsgesetzes für das Land Tirol durch Betroffene, das Ende 2017 beschlossen wurde.

Von Prekarisierung Betroffene auf der Bühne

In Wien wurde nun das Thema der prekären Arbeit in die Theaterarbeit hineingeholt. Am 20. Oktober wurde das Stück „Status Quo“ im Theater LaWie vor etwa 50 Betroffenen von prekärer Arbeit sowie GewerkschafterInnen und VertreterInnen von NGOs gezeigt. Es basiert auf den Lebensgeschichten der Schau-

spielerInnen und/oder Bekannten der slowenischen Gruppe „Vse ali nič“, die selbst von prekärer Arbeit betroffen sind. Im Mittelpunkt des Stückes „Status Quo“ steht eine Mitarbeiterin in einem Call-Center, die gefeuert wird, weil sie die monatliche Vorgabe nicht erreicht hat. Fortan kann sie – gnädigerweise? – als Selbstständige für ihr früheres Unternehmen weiterarbeiten. Die Protagonistin sucht bei LeidensgenossInnen Hilfe und trifft auf viel internalisierte neoliberale Ideologie: „With the right attitude and persistence, you can do it“, Zitat aus „Status Quo“. Am Ende muss sie herausfinden, dass es heut-

zutage nur möglich ist, zu überleben, wenn sie den Staat betrügt.

Ein Theater, das beteiligt und ermächtigt

Die ZuschauerInnen und Betroffenen sind als SpectActors/SpectActresses eingeladen, die Protagonistin zu ersetzen und Vorschläge zu machen, wie sie Unterstützung für ihre Position bekommen kann. Dafür wird das Stück wieder von vorne begonnen und das Publikum kann jederzeit „Stopp!“ rufen, um Ideen auszuprobieren. Gleichzeitig sollen alle im Publikum ihre Ideen aufschreiben, wie die Situation der Protagonis-



FOTOS: JOSCHKA KÖCK/LEGISLATIVES THEATER

tin mit Gesetzen verbessert werden könnte. Von diesen unterschiedlichen Vorschlägen angeregt, geht es in eine Gruppendiskussion, in der jede Gruppe maximal drei konkrete Vorschläge für Gesetzesvorschläge machen soll, die die Situation der von prekärer Arbeit Betroffenen verbessern. Das Spektrum der Vorschläge, die aus dem Publikum kommen, ist breit: mehr soziale Unterstützung, etwa in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens oder über eine Anhebung der Zuverdienstgrenze, Einführung eines Mindest-

lohns, Festschreibung einer maximalen Lohnschere zwischen den Angestellten mit dem geringsten und jenen mit dem höchsten Einkommen in einer Firma, mehr Kündigungsschutz, ein Ausbau von arbeitsrechtlicher Beratung, mehr staatliche Kontrollen von Arbeitsbedingungen, die rechtliche Angleichung von selbständiger und angestellter Beschäftigung, eine Stärkung der Gewerkschaften.

Vom Spiel in die Realpolitik

Alle Forderungen werden noch an die-

sem Abend durch die sogenannte „metabolic cell“ - eine kleine Gruppe aus AktivistInnen und AnwältInnen, aufbereitet und in konkrete Gesetzessprache umgewandelt. Der Abend endet mit der Abstimmung der ZuschauerInnen über einen Gesetzesvorschlag zur Einführung verpflichtender Betriebsräte, der mit breiter Mehrheit angenommen wird. Im Nachhinein sollen die erarbeiteten Forderungen dann zusammen mit den Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft an die Politik weitergeleitet werden. **Fortsetzung siehe Seite 4 ►**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO:** P. SCHREIBER



Arbeitswelt auf der Bühne: um „Prekarisierung“ ging es in Wien bei einem Projekt des „Legislativen Theaters“, einer Form des „Forumtheaters“, das unter Einbeziehung der Erfahrung von Betroffenen auf der Bühne wie im Publikum Themen debattiert und politisch relevante Lösungsmöglichkeiten bis hin zu Gesetzesvorschlägen erarbeitet – eine demokratische Übung in spielerischem Umfeld, ein vorbildlicher partizipativer Ansatz (S. 2 – 4), der auf der Unmittelbarkeit von Menschen fußt.

Partizipation und demokratisches Handeln ist auch Gegenstand des Kommentars von Philipp Kuhlmann, der sich mehr institutionalisierten Dialog für die KABÖ wünscht. Mangelnde Dialogbereitschaft sieht er massiv gegeben aufseiten der Regierung – sichtbar etwa am Beispiel der Vorgangsweise rund um die neue Arbeitszeitregelung (S. 5). Diese debattieren in diesem Heft zwei Gewerkschaftsvertreter aus unterschiedlichen Lagern: Reinhard Bödenauer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Bundesgeschäftsführer der Fraktion Christlicher Gewerkschafter/GPA-djp und Vizepräsident der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien (S. 7), und Josef Stingl, Bundesvorsitzender der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) (S. 8). In Sachen 12-Stunden-Tag sind sich die beiden einig: diese Regelung ist nicht menschenwürdig.

Auf einen weithin unbeachteten Teil der neuen Arbeitszeitregelung in Österreich verwies KAB-Referentin Gabriele Kienes-

berger bei einem Treffen der kroatischen Sonntagsallianz: seit 1.9.2018 können hierzulande ArbeitnehmerInnen per Gesetz an vier Sonntagen im Jahr zur Arbeit herangezogen werden – Kienesberger warnt davor, dass es in Österreich bald heißen könnte: „Sonntags frei ist vorbei“ (S. 14 – 15).

Und Position zur aktuellen Regierungspolitik hat auch die Betriebsseelsorge der Diözese St. Pölten bezogen, die kürzlich ihr 50-jähriges Bestehen feierte: beim Festakt kritisierte sie u.a. die Streichung der Notstandshilfe, die gegenwärtige „Umverteilung von unten nach oben“, die Einsparung bei Beschäftigungsprojekten und Fraueninitiativen.

Veronika Bohrn Mena kommentiert die unter ArbeitgeberInnen immer weiter verbreitete „Hire and Fire“-Mentalität und spricht in diesem Zusammenhang von „teurer Verantwortungslosigkeit“. Die Auslagerung von unternehmerischen Risiken auf ArbeitnehmerInnen, die beliebig angestellt und wieder gekündigt werden, kommt die BeitragszahlerInnen teuer zu stehen (S. 11).

Was wird sich mit der Digitalisierung für ArbeitnehmerInnen und ihre Familien verändern? Das diskutierten VertreterInnen von christlichen ArbeitnehmerInnenorganisationen aus insgesamt 10 europäischen Ländern Mitte Oktober in Birmingham/England auf einer Tagung der Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen (EBCA). Die Thesen und Zielvorgaben der internationalen Organisation, die zum Ende der Tagung formuliert wurden, lesen Sie auf S. 12.



EIN THEATER, DAS BETROFFENE IN DEN MITTELPUNKT RÜCKT, IHNEN ZUHÖRT, SIE AKTIVIERT UND ALTERNATIVEN ERARBEITET, IST EIN WICHTIGER BEITRAG FÜR EINE MENSCHENFREUNDLICHE POLITIK.

ZUR PERSON

Joschka Köck ist Sozialwissenschaftler und partizipativer Theatermacher. Er ist Organisator des Projekts „Status Quo“ mit (joschka.koeck@tdu-wien.at)

WEITERE INFORMATIONEN:

Zum Projekt „Status Quo“ zu prekärer Arbeit vom TdU Wien:

<http://tdu-wien.at/status-quo/>

Zum Projekt „Mach mit! Es geht um uns!“ zum neuen Inklusionsgesetz in Tirol:

<https://staffler.at/files/Legislatives%20Theater%20-%20Mach%20mit!%20Es%20geht%20um%20uns!.pdf>

Zum Projekt „Kein Kies zum Kurve kratzen“ zum Thema Armutsvermeidung der Theaterwerkstatt InterAct:

http://www.armutskonferenz.at/files/interact_kein_kies_zwischenbereich-2010.pdf

Was Betroffene wollen und können

Klar ist nach diesem Abend in Wien, dass Betroffene sich eindeutig für mehr Solidarität, mehr ArbeiterInnenrechte und für bessere soziale Absicherung entscheiden, wenn sie danach gefragt werden. Die aktuelle Politik mit der Einführung des 12-Stunden-Tags als Speerspitze und Angriffen auf die Sozialversicherungen, die die Sozialpartnerschaft de facto außer Kraft setzt, läuft den Ergebnissen des Abends fundamental entgegen.

Partizipatives Theater eröffnet neue Denk- und Handlungsräume

Es braucht Formen der Partizipation von Betroffenen an Entscheidungsprozessen wie sie ein solches Theaterpro-

jekt anbietet, weil damit eine hohe Authentizität gesetzlicher Forderungen und Vorschläge gegeben ist. Nicht zuletzt werden mit Theater neue Denk- und Handlungsräume geschaffen. Das Theater als spielerisches und kreatives Ausdrucksmittel hilft dabei, sich die eigene Situation bewusst zu machen, indem man sie auf der Bühne sieht. Ein Theater, das Betroffene in den Mittelpunkt rückt, ihnen zuhört, sie aktiviert und Alternativen erarbeitet, ist ein wichtiger Beitrag für eine menschenfreundliche Politik.

Der Abend in Wien hat Hoffnung vermittelt: nichts muss bleiben, wie es ist, Veränderung ist möglich.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Philipp Kuhlmann, Betriebsratsvorsitzender in einem Handelsunternehmen, ehrenamtlicher Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich und in der Erzdiözese Wien. FOTO: IOULIA KONDRATOVITCH



Dialog!?

Jetzt schreibe ich schon wieder oder noch immer ...

Die Bundeskonferenz der KAB hat vor wenigen Wochen eine Verschiebung der nächsten Wahl auf das Frühjahr 2019 beschlossen. Angesichts der weiterhin unsicheren Lage macht das Sinn, denn leider muss ich wieder damit beginnen, dass sich seit meinem Kommentar im letzten Zeitzeichen an der Situation der KABÖ wenig geändert hat. „Wir haben weiterhin keine Bundessekretärin und versuchen den Betrieb irgendwie aufrecht zu erhalten. Dass die Bearbeitung von Anfragen derzeit teilweise länger dauert, ist nicht zu vermeiden.“ Es gibt also nichts Neues. Wenn ich Bischof Wilhelm Krautwaschl am Rande der KAÖ-Konferenz richtig verstanden habe, hängt es „nur“ noch an den Beschlüssen der Bischofskonferenz, die gerade in den Tagen vor Redaktionsschluss in Michaelbeuern tagt. Vielleicht gibt es ja in der nächsten Ausgabe Neuigkeiten?

Dialog

Ein Schwerpunkt der letzten KAB-Bundeskonferenz war eine Diskussion mit Andreas Gjecaj, dem KAB-Bundessekretär von 2000 bis 2007. Von ihm kamen Anfragen an uns, wo wir die KAB sehen und wohin sie sich entwickeln soll.

Er vertrat die Meinung, dass Aussagen, wie die von Franz Sieder in einem Kommentar im Zeitzeichen, dass christliche Politik nur eine linke Politik sein könne (sinngemäß), auf andere, die aus unterschiedlichen Gründen nicht als „links“ gelten wollen, ausgrenzend wirken könne. In der folgenden Diskussion zeigte sich einerseits, dass die Etiketten „links“ und „rechts“ problematisch sind, weil es dazu unterschiedliche Sichtweisen gibt. Zum Beispiel wird eine Position oder Partei von manchen als links und von anderen als viel zu wenig links gesehen. Fragen zu ganz konkreten Positionen und Differenzen (zB Kürzungen im Sozialsystem, Menschenbild der gegenwärtigen Politik), blieben meiner Wahrnehmung nach unbeantwortet im Raum stehen. Unsere Frage, ob die gegenwärtige Politik christlich motiviert ist, kommt offensichtlich bei Menschen, die sich als christlich sehen, an. Eine Diskussion hängt aber vom Willen beider Seiten ab. Wir sollten alle genauer zuhören und Zuschreibungen wie links und rechts sind da nur bedingt hilfreich.

Handeln

Ein ähnliches Problem sehe ich bei einem Lesebrief der letzten Monate. In Bezug auf unsere Beteiligung an der Initiative „An-

ders handeln“ war dort zu lesen:

„Keine Handelsabkommen, herrlich! Österreichische Investoren werden sich dann hüten ins Ausland zu gehen, damit es Ihnen nicht so geht, wie in Ungarn den Banken und österreichischen Bauern oder in den USA durch ‚Amerika first‘.“

Abgesehen davon, dass ich keinen Nachteil darin sehe, wenn Investitionen im Inland bleiben, weise ich darauf hin, dass die Initiative gar nicht „Nicht handeln“ sondern eben „Anders handeln“ benannt ist. Aus unserer Sicht ist sie ein Vorschlag, wie Handel im Einklang mit der katholischen Soziallehre aussehen kann. Solange Schiedsgerichte oder Schlichtungsstellen von Konzernen verwendet werden können, um ihre Interessen (auch gegen Menschen und Umwelt) durchzusetzen, werden wir weiter gegen solche unfairen Abkommen eintreten (derzeit läuft eine Kampagne gegen das Abkommen „JEFTA“ zwischen der EU und Japan). Selbst der Europäische Gerichtshof sieht das als Problem und hinterfragt die Zulässigkeit dieser Einrichtungen. Und es wird ja niemand behaupten, dass der EUGH ein Feind des Freihandels wäre. Gegen schlechte Abkommen zu sein, bedeutet nicht gegen Handel zu sein. Im Gegenteil: Fairtrade unterstützen wir schon lange.

Demokratie

Was mir der Besuch von Andreas Gjecaj klar gemacht hat, ist das Fehlen eines institutionalisierten Dialogs. Auch die gegenwärtige Regierung lässt diesen Dialog aus, wie die Vorgangsweise um die Arbeitszeitänderungen zeigt.

Ein anderes Phänomen, ist der Rückzug mancher Menschen aus der Diskussion, der Politik oder fallweise auch der KAB. Diese Menschen dürfen sich dann aber nicht wundern, wenn ihre Stimmen nicht mehr gehört werden ...

Im Bundesvorstand fallen die meisten Entscheidungen mit deutlicher Mehrheit oder einstimmig. In der grundsätzlichen Ausrichtung herrscht eine große Einigkeit. Die TeilnehmerInnen sind in den Diözesen direkt gewählt oder delegiert. Somit haben sie ein Mandat und vertreten die Mitglieder. Mit dieser Rückendeckung setzen wir uns weiter dafür ein, der katholischen Soziallehre in Gesellschaft und Politik Gehör zu verschaffen.

Hinweis: *Statt einer (mittlerweile nötigen) Preiserhöhung reduzieren wir die Anzahl der jährlichen Ausgaben ab 2019 von 5 auf 4 Ausgaben und bitten um Ihr Verständnis und Ihre Treue.*

Jetzt schlägt's 13

Der 12-Stunden-Tag ist nur die Spitze des Eisberges

Ein Beitrag zur Debatte um den 12-Stunden-Tag von Josef Stingl, Bundesvorsitzender der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksbund im ÖGB (GLB) VON: JOSEF STINGL

Die Produktivität ist so hoch wie noch nie. Den UnternehmerInnen, insbesondere der Industriellenvereinigung, ist's trotzdem nicht genug – ihr Profitsäckel will noch viel praller werden. Ihre Idee: unsere hervorragende Arbeitsleistung nicht nur 40 Wochenstunden zu nutzen, sondern zuschlagsfrei noch um ein Drittel auszubauen. Und dafür ist die neue türkisblaue (schwarzbraune?) Regierung nur allzu gerne hörige Partnerin.

Mit Beginn 1. September wurden die 60-Stunden-Woche und der 12-Stunden-Tag beschlossen. Um gegen großen Protest vorzubeugen hausierten sie im Vorfeld damit, dass dieses gesetzliche „Angebot“ ohnehin nur sporadisch in Anspruch genommen werde und eine Freiwilligkeitsklausel die ArbeitnehmerInnen schütze. Kurzs „Stracherl“ erblödete sich in einer Puls4-TV-Diskussion: „Dann werden Sie dem Chef sagen: Das geht bei mir nicht, ich habe Kinder zu versorgen, ich habe die Möglichkeit nicht. Das wird jeder Chef akzeptieren.“

Schwarz-blaue Mär

Diese schwarz-blaue Mär stellte sich innerhalb kürzester Zeit als klare Lüge heraus, genauso wie die angebliche Freiwilligkeitsklausel. Die Realität: Wer verweigert wird gekündigt. Der Boss einer Wiener Restaurantkette bestand beispielsweise darauf, dass eine Hilfsköchin bis zu zwölf Stunden in der Küche stehen müsse. Da sie das nicht mit ihrem gesundheitlichen Wohlbefinden in Einklang bringen konnte, durfte sie „freiwillig“ einer einvernehmlichen Kündigung zustimmen. Ganz findige UnternehmerInnen wollen die Freiwilligkeit gleich im Vorfeld. Im Arbeitsvertrag eines Hotelbetriebes am Arlberg

unterschreiben die ArbeitnehmerInnen schon im Vorhinein, „freiwillig“ eine Tagesarbeitszeit von bis zu 12 Stunden und 60 Stunden wöchentlich zu leisten. Zwar ist eine solche Regelung sitten- und rechtswidrig, aber wie viele werden sich dagegen wehren? Der Arbeitsplatz steht dann ja auf dem Spiel.

JOSEF STINGL: DER KAMPF FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHN- UND PERSONALAUSGLEICH MUSS INSGESAMT INTENSIVIERT WERDEN.

Dass jetzt die Gewerkschaften bei den KV-Verhandlungen versuchen, den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche abzufedern ist okay. Auch die „Katzian-Idee“ einer verpflichtenden Vier-Tage-Woche ist legitim. Allerdings: 4 x 12 Stunden sind immer noch 48 Stunden. Zu viel, wie schon bis jetzt die 40 Stunden-Woche. Diese Notwehraktionen ersetzen allerdings nicht den Kampf gegen das rückwärts gerichtete Gesetz. Wie meinte einmal Bert Brecht: „Wo Unrecht zu Recht wird, ist Widerstand Pflicht!“

Was es braucht: Arbeitszeitverkürzung

Der gestiegene Arbeitsdruck ist ein Krankmacher. Psychische Belastung und Burnout mutieren bereits zur Berufskrankheit „Nummer Eins“. In ganzen Wirtschaftszweigen wie Gastgewerbe oder Pflege gibt es aufgrund der Arbeitsbedingungen bereits jetzt mehr Aus- als EinsteigerInnen. Die neue Arbeitszeitregelung wird das noch ver-

stärken. Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss insgesamt intensiviert werden. Mit 4 x 8 Stunden könnten wir LinksgewerkschafterInnen leben, gegen 4 x 7 Stunden werden wir uns nicht verwehren ...



FOTO: PRIVAT

Den Sozialstaat gefährden heißt die Demokratie gefährden

Anzumerken ist noch, dass der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche nur die Spitze des Eisbergs sind. Viele, seit langem als selbstverständlich geltende Leistungen, sind durch die auf maßlosem Profitstreben beruhende neoliberale Politik heute gefährdet, die von der schwarz-blauen Regierung durch Ausschaltung der Mitsprache von Betriebs- und JugendvertrauensrätInnen, Gewerkschaften und Arbeiterkammern auf die Spitze getrieben wird: Der Sozialstaat stellt die materielle Seite der Demokratie dar, weil er nach dem Solidaritätsprinzip insbesondere den Schwächeren der Gesellschaft nützt und Menschen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und im Alter umfassend absichert.

Die FCG im Spannungsfeld

Der 12-Stunden-Tag konterkariert das Bestreben nach guter Arbeit

Ein Beitrag zur Debatte um den 12-Stunden-Tag von Reinhard Bödenauer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA-djp, Vorsitzender der Hans-Klingler-Stiftung und Vizepräsident der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien. VON: REINHARD BÖDENAUER

Die Anfrage zu diesem Beitrag kam verbunden mit der Frage, wie eine FCG (Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen) sich in der aktuellen Debatte um den 12-Stunden-Tag und den Abbau des Sozialstaates denn positioniere. Vermutlich ist diese Frage der Annahme geschuldet, dass wir als Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen ja eng verbunden mit der Österreichischen Volkspartei, nunmehr der Neuen Volkspartei, sind. Immerhin berufen sich VertreterInnen der ÖVP bzw. ÖAAB immer wieder auf ihr „vermeintlich“ christlich-soziales Wertefundament. Ich habe vermeintlich deshalb unter Anführungszeichen gesetzt, da für mich – und hier kann ich für viele VertreterInnen der FCG sprechen – nicht mehr viel von christlichen und schon gar nicht von sozialen Werten übriggeblieben ist.

Reform des Arbeitszeitgesetzes: Kniefall vor der Wirtschaft

Christlich-sozial bedeutet, nach guter Arbeit zu streben. Das wiederum bedeutet, dass Arbeit dem Leben dienen muss und Begrenzung braucht. Dass diese Bestrebungen durch die Änderungen im Arbeitszeitgesetz erschwert werden, dient meines Erachtens nicht den Menschen. Das gesamte menschliche Leben richtet sich immer stärker nach der Wirtschaft aus. Noch länger arbeiten, mit weniger ArbeitnehmerInnen mehr Profit erzielen, auch die Sonntagsarbeit ermöglichen. Auch wir wollen seit Jahren Änderungen im Arbeitszeitgesetz, aber immer mit dem Fokus, dass es für die Beschäftigten zu einer Verbesserung kommt. Daher gilt auch für uns als FCG die Reform des Arbeitszeitgesetzes

als reiner Kniefall vor der Wirtschaft zu Lasten der Beschäftigten.

Verhandlung guter Rahmenbedingungen als gewerkschaftliche Kernkompetenz

Die christliche Soziallehre fordert unter anderem auch eine Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern, ein Recht auf Mitbestimmung, ein Recht auf Kollektivverträge. Dass nun immer öfter Aufforderungen von Seiten der Regierung an die Sozialpartner kommen, endlich Maßnahmen wie etwa die Anrechnung von Karenzzeiten, zu verwirklichen, erscheint spannend. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verhandeln Jahr für Jahr etliche Kollektivverträge. Dabei geht es nicht

niemandem, schon gar nicht von einer Partei nehmen lassen.

Zugegebenermaßen ist es als Fraktion, der ein engeres Zugehörigkeitsgefühl zu einer der Regierungsparteien nachgesagt wird, nicht immer einfach, einerseits als christliche Fraktion Gegenpol zu einer sozialdemokratischen Gewerkschaftsmacht zu sein, andererseits unserem Kerngeschäft, der ArbeitnehmerInneninteressenvertretung, nachzugehen und nicht dazwischen zerrieben zu werden. Die FCG vertritt die Meinung, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ein Gesellschaftssystem, in dem eine ausgewogene Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit, Mitbestimmung und wirtschaftlichem Erfolg gefunden wird, unabdingbar sind.

REINHARD BÖDENAUER:
UNSERE KOMPETENZEN,
UNSERE ERFOLGE UND
LETZTLICH UNSERE DASEINS-
BERECHTIGUNG WERDEN
WIR UNS VON NIEMANDEM,
SCHON GAR NICHT VON EINER
PARTEI NEHMEN LASSEN.



FOTO: GPA-DJP

nur um Lohnerhöhungen, um das, stetig teurer werdende, Leben auszugleichen. Nein, es geht vor allem auch um bessere Rahmenbedingungen im Arbeitsleben. Die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf ist hier nur ein Aspekt, aber für uns von ganz besonderer Bedeutung. Unsere Kompetenzen, unsere Erfolge und letztlich unsere Daseins-Berechtigung werden wir uns von

Um dies zu erreichen, nehmen wir auch Kontroversen mit uns vermeintlich nahe stehenden politischen Kräften in Kauf. Wir als Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen bleiben dabei: wir stehen für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein und auch auf, wenn es sein muss. Immer geleitet von einem tatsächlich christlich-sozialen Anspruch.

Damit ein Leben mehr ist

50 Jahre Betriebsseelsorge in der Diözese St. Pölten

Es geht in der Betriebsseelsorge um das ganze Leben. Es geht um Brot. Und auch um Rosen. Das wird auf den Einladungen zum Festakt 50 Jahre Betriebsseelsorge der Diözese St. Pölten mit Nachdruck betont. Und die Liste der Festgäste ist lange: MitstreiterInnen, langjährige WeggefährtInnen, Vertraute, Bekannte, Freunde. Sie alle verbindet seit 50 Jahren das gemeinsame Engagement für eine gute Arbeitswelt. Ein Beitrag von der Politologin und Volkswirtschaftlerin Katharina Karl, Betriebsseelsorgerin in Amstetten. VON: KATHARINA KARL

Donnerstag, 11. Oktober 2018: Das Team der Betriebsseelsorge lädt ins St. Pöltner Hippolythaus zu einem großangelegten Symposium zum Thema „Brot und Rosen – Mensch und Arbeit im Blick“. Anlass der Veranstaltung ist diesmal ein ganz besonderer: Die Betriebsseelsorge der Diözese St. Pölten feiert ihr 50-jähriges Engagement.

Schon vor 14 Uhr treffen die ersten Gäste ein. Man versammelt sich mit Kaffee und Getränken um die großen Pinnwände im Festsaal, auf denen

ein Überblick über die vergangenen 50 Jahre der Betriebsseelsorge zusammengestellt ist. Auf den Fotos erkennen sich viele selbst wieder, lachen, erinnern sich an heitere Stunden und an gelungene Aktionen der Betriebsseelsorge. Der Lärmpegel steigt. Alte Bekannte treffen sich wieder, fallen einander in die Arme, klopfen einander auf die Schultern. Und am Buffet wird gewitzelt: „Wo ist das Brot? Wo sind die Rosen?“

Wo ist das Brot? Wo sind die Rosen?
Die Fragestellung greift tief. Und sie

nimmt den Menschen und die Arbeitswelt gleichermaßen in den Blick. Schon die Eröffnungsworte von Diözesanbischof Alois Schwarz lassen wenig Zweifel über die Tätigkeit und die Bedeutung der Betriebsseelsorge für die Diözese St. Pölten. Es gehe darum, vor Ort zu sein und das konkrete Leben der Menschen zu teilen. Von Bedeutung seien der konkrete Arbeitsalltag und die Frage nach menschenwürdiger Arbeit. Hier gehe es vor allem auch darum, den Ungehörten eine Stimme zu geben, wann immer dies nötig ist.

Fortsetzung siehe Seite 10 ►



(v.l.n.r.): Sabine Schopf, Armin Haiderer, Karl Immervoll, Axel Isenbart, Soziallandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Franz Sedlmayer, Gerda Schilcher, Sepp Gruber, Diözesanbischof Dr. Alois Schwarz, Hans Wimmer, Martina Bzoch, Prof. (FH) Michael Bartz, Katharina Karl, Kathrin Riedel, Max Bramberger, Dr.ⁱⁿ Magdalena Holztrattner, Christine Plank FOTO: WOLFGANG ZARL

“

ICH TREFFE AUF MENSCHEN MIT HOHEN ANSPRÜCHEN AN SICH SELBST, MENSCHEN MIT FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, MIT PROBLEMEN IN FAMILIE UND PARTNERSCHAFT, MIT SINNFRAGEN, MIT ZUKUNFTSÄNGSTEN, Z.B. UM DEN ARBEITSPLATZ. MENSCHEN, DIE DAS GEFÜHL HABEN, IN IHREM EIGENEN LEBEN SEHR WENIGE HANDLUNGSSPIELRÄUME ZU HABEN!

CHRISTINE PLANK,
BETRIEBSSEELSORGE TRAISENTAL

“

ICH HÖRE ZU, ICH HABE ZEIT UND ICH GEHE IM STILLEN MIT EINEM SEGEN FÜR DEN MENSCHEN, DER MIT MIR SPRACH, WIEDER HINAUS.

MARTINA BZOCH,
BETRIEBSSEELSORGE TRAISENTAL

“

AN DIE RÄNDER ZU GEHEN HEISST FÜR MICH AUCH, MIT DEN ARBEITSSUCHENDEN ZU SEIN, DEN LANGZEITARBEITSLLOSEN UND DENEN, DIE IN DER NORMALEN ARBEITSWELT WEGEN GESUNDHEITLICHER PROBLEME KEINEN PLATZ MEHR FINDEN. GENAUSO MIT DEN MINDESTSICHERUNGSBEZIEHERINNEN UND DEN ‚WORKING POOR‘, DIE MIT TEILZEITARBEIT NICHT ÜBER DIE RUNDEN KOMMEN, MEIST FRAUEN. UND NATÜRLICH SIND ES BEI MIR AUCH DIE MIGRANTINNEN, GASTARBEITER UND FLÜCHTLINGE, DIE ES OFT DOPPELT HART TRIFFT, WEIL SIE NOCH VIELFACH DISKRIMINIERT WERDEN UND VON MANCHEM AUSGESCHLOSSENE SIND.

SEPP GRUBER,
BETRIEBSSEELSORGE TRAISENTAL

“

MEINE ZWEI HAUPTZIELE SIND ES, BEZIEHUNGEN ZU PFLEGEN UND DEN BETRIEBSRÄTINNEN SPÜREN ZU LASSEN, DASS ES IN DER KIRCHE JEMANDEN GIBT, DER SICH FÜR DIE ARBEITSWELT INTERESSIERT UND DER AUF IHRER SEITE STEHT. ICH SCHÄTZE ALLE BETRIEBSRÄTINNEN, DIE ICH KENNE SEHR. ALLE.

MAX BRAMBERGER,
BETRIEBSSEELSORGE MOSTVIERTEL

“

DER UMSTIEG VON DER SCHULE IN DIE AUSBILDUNG STELLT EINEN MARKANTEN WECHSEL DAR. FRAGEN GEISTERN IM KOPF HERUM: IST ES DIE RICHTIGE AUSBILDUNG? FINDE ICH ÜBERHAUPT EINEN LEHRPLATZ? WERDEN MEINE TALENTE, FÄHIGKEITEN, FERTIGKEITEN UND STÄRKEN WERTGESCHÄTZT? WAS KANN ICH EIGENTLICH WIRKLICH GUT?

FRANZ SEDLMAYER,
BETRIEBSSEELSORGE OBERES WALDVIERTEL SCHWERPUNKT JUGEND

“

WIR BEGEGNEN MENSCHEN, AUF AUGENHÖHE, UND GEHEN MIT IHNEN GEMEINSAM EIN STÜCK DES WEGES, BEGLEITEN SIE. IN UNSEREM FALL SIND DAS OFT FRAUEN UND MÄNNER OHNE ERWERBSARBEIT, ABER MIT EINMALIGEN FÄHIGKEITEN. DAHER FRAGEN WIR IMMER NACH, WAS SIE DENN VON HERZEN GERNE TUN WÜRDEN. WIR ERMUTIGEN SIE, DAS ZU ENTWICKELN UND MIT ANDEREN ZU TEILEN.

KARL IMMERVOLL,
BETRIEBSSEELSORGE OBERES WALDVIERTEL



Betriebsseelsorge: Vor Ort sein und das konkrete Leben der Menschen teilen. FOTO: WOLFGANG ZARL

Die Schwerpunkte der diözesanen Betriebsseelsorge liegen in den Regionen Mostviertel, oberes Waldviertel und St.Pölten/Traisental.

Der Frage nach Brot und Rosen im Sinne eines existenzsichernden Arbeitslohns und der konkreten Ausgestaltung von Arbeit heute gehen auch die beiden ReferentInnen Michael Bartz, Professor an der IMC FH Krems, und die Leiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe), Magdalena Holztrattner, nach. Bartz gibt Einblicke in die aktuellen Entwicklungen der Arbeitswelt was die Organisation der Arbeit und ihre örtliche Durchführung angeht. Die Digitalisierung sei dabei weder aufzuhalten, noch wegzudenken. Dabei findet der Arbeitsweltforscher starke Worte: „Unternehmen und ganze Industrien ändern sich, dabei liegen grundlegende Veränderungen erst noch vor uns“. Holztrattner nähert sich dem Thema Arbeit aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Die Sorge um die Arbeitswelt müsse hierbei global gedacht werden. Es gehe um gute Arbeitsbedingungen und gute demokratische Strukturen ebenso wie um die Menschenwürde und den Respekt vor körperlichen und psychischen Grenzen der Menschen im Arbeitsprozess. Kritik übt Holztrattner an der derzeitigen neoliberalen Politik: „Die neoliberale Politik fördert reiche,

weiße Männer, die keine Verpflichtungen in der Betreuung von Angehörigen oder Kindern haben“, so Holztrattner. Schließlich regt die ksoe-Leiterin an, unsere Wirtschaft weiblicher, zyklischer zu denken. Die Rolle der Kirche sieht sie dabei unter anderem als prophetische Kritikerin.

Damit ein Leben mehr ist ...

Nach einer kurzen Kaffeepause geht es schließlich um die Tätigkeiten der Betriebsseelsorge selbst. Stellvertretend für die Politik, den ÖGB, die Arbeiterkammer, die regionalen BetriebsrätInnen und Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung werden Gratulationen zum 50-jährigen Engagement der Betriebsseelsorge ausgesprochen. Zum Ausdruck kommt große Wertschätzung der Arbeit der Betriebsseelsorge der letzten 50 Jahre wie auch die Bitte, nicht müde zu werden, wirtschaftliche Prozesse und politische Entscheidungen in Bezug auf einzelne Lebens- und Arbeitsbedingungen kritisch zu hinterfragen. Klare Haltungen wären gefragt, „beten und Goschn halten“ werde zu wenig sein, so ein Betriebsrat.

Ein Festakt mit politischer Positionierung

Und eine klare Positionierung seitens der Betriebsseelsorge lässt auch im Festakt nicht auf sich warten. Anlässlich jüngster politischer Entwicklungen

wird öffentlich eine gemeinsame Stellungnahme der diözesanen BetriebsseelsorgerInnen und der KAB präsentiert: „In der öffentlichen Debatte werden im Augenblick Begriffe geschönt oder verdreht. Wir hören vom Arbeitslosengeld Neu und gemeint ist damit die Streichung der Notstandshilfe. Die

Politik redet von Gerechtigkeit, wenn es um die Anliegen der „Fleißigen und Tüchtigen“ geht, aber es passiert eine Umverteilung von unten nach oben. Die Aktion 20.000 wurde zu Jahresbeginn abgesetzt, zusätzlich werden die Einsparungen bei den Beschäftigungsprojekten publik. Einige von ihnen müssen überhaupt zusperren. Das betrifft auch andere Sozialeinrichtungen, zum Beispiel Fraueninitiativen. Gleichzeitig gibt es Abgabenerleichterungen für Unternehmen. Betroffen sind Menschen, die Monat für Monat darum kämpfen, über die Runden zu kommen, die hoffen, dass kein Haushaltsgerät kaputt geht, nichts Außergewöhnliches passiert“, so der Beginn des Positionspapiers. Man werde auch in Zukunft nicht leise werden, heißt es aus der Betriebsseelsorge.

Und am Ende wird es doch still. Nachdenklich und fast ein bisschen mystisch. Es folgt das Lied, auf das alle gewartet haben, das viele seit Stunden auf den Lippen tragen: Brot und Rosen. Man singt gemeinsam. Auswendig.

„Und wenn ein Leben mehr ist als nur Arbeit, Schweiß und Bauch wollen wir mehr – gebt uns das Brot, doch gebt die Rosen auch.“

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Veronika Bohrn Mena ist in der GPA-djp Interessenvertretung tätig. Sie ist Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit atypischer und prekärer Arbeit. Sie wird 2018 für „ZeitZeichen“ regelmäßig Kommentare zu Themen aus der Arbeitswelt verfassen. **FOTO:** VERONIKA BOHRN MENA



Hire an Fire

Eigentlich denken wir bei „Hire and Fire“, dem Arbeitsmarktmodell, bei dem Menschen von einem Tag auf den anderen eingestellt, nur um bald darauf wieder auf die Straße gesetzt zu werden, an die USA. Gerade die älteren unter uns haben vom österreichischen Arbeitsmarkt oft noch das Bild der glorreichen Beschäftigungspolitik der siebziger Jahre vor Augen. Aber eine berufliche Heimat über Jahre und Jahrzehnte im gleichen Betrieb - gibt es das heute überhaupt noch? Die traurige Antwort ist nein.

Auch am österreichischen Arbeitsmarkt hat sich „Hire and Fire“ etabliert. Seit den 1990er Jahren fallen auch bei uns konstant zwischen 10,5 bis 15 Prozent der Stellen die „neu“ aufgenommen werden, auf Beschäftigte, die für den gleichen Arbeitgeber innerhalb der letzten 12 Monate bereits schon einmal gearbeitet haben.

„Geparkte Beschäftigte“

Im Jahr 2016 wurden beispielsweise rund 1,9 Millionen Jobs „neu“ aufgenommen. Aber bei ganzen 38 Prozent dieser Jobs handelte es sich dabei eigentlich um Wiedereinstellungen bei einem früheren Arbeitgeber nach einer Unterbrechung von nicht einmal einem Jahr. Die betroffenen Beschäftigten sind vor ihrer Rückkehr in den alten Job zwischenzeitlich von Unternehmen beim AMS „geparkt“ worden, um nur kurz darauf nach Lust und Laune wieder eingestellt zu werden. Wer denkt, diese üble Praxis würde sich auf Saisonarbeit und Gastronomiejobs beschränken, der irrt sich leider. Denn diese „temporären Layoffs“, wie sie auch genannt werden, sind in allen Branchen zu finden. Zwar ist die Verbreitung am Bau und in der Gastronomie mit 51 beziehungsweise 46 Prozent besonders extrem, aber auch im Handel oder in der Finanz- und Versicherungsbranche machen die Wiedereinstellungen knapp ein Viertel aller Einstellungen aus.

Teure Verantwortungslosigkeit

Für Unternehmen bedeutet dieses zeitweise Abwälzen von Verantwortung, indem sie ihre Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit schicken, die Auslagerung von unternehmerischen Risiken und Personalkosten. Die Allgemeinheit und somit uns BeitragszahlerInnen kommt das jedoch teuer zu stehen. Die Kosten des AMS für diese Kurzarbeitslosen belaufen sich auf rund 500 Millionen Euro pro Jahr – ohne die fehlenden Sozialversicherungsbeiträge, die noch zusätzlich anfallen und unser Solidarsystem weiter belasten. Für Personen, die innerhalb von zwei Monaten zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehrten, betragen die Kosten für das AMS immer noch 83 Millionen Euro und bewegten sich in den Folgejahren sogar zwischen 96 und 114 Millionen Euro. Dass dahinter eine skrupellose Systematik von verantwortungslosen Unternehmen steckt, zeigt sich darin, dass es immer wieder die gleichen Jobs sind, die nicht nur einmal, sondern mehrmals hintereinander unterbrochen werden.

Einer üblen Praxis den Riegel vorschieben

2017 handelte es sich bei über 70 Prozent der Fälle um eine wiederholte Wiedereinstellung in einer ganzen Reihe von Beschäftigungsunterbrechungen. Bei rund 44 Prozent reihten sich sogar mindestens fünf Arbeitsverhältnisse beim gleichen Arbeitgeber aneinander. Für die betroffenen Beschäftigten wirkt sich dieses „Hire an Fire“ auch über den betreffenden Job hinaus negativ auf ihre berufliche Zukunft aus. Denn statistisch gesehen sind sie in den sechs Folgejahren im Durchschnitt um 74 Tage mehr arbeitslos als Beschäftigte mit einem stabilen, dauerhaften Arbeitsplatz. Sie werden schlechter bezahlt, müssen mit weniger Arbeitslosengeld auskommen und werden eine kleinere Pension bekommen. Sie müssen ein Leben in Unsicherheit führen, während sich die Unternehmen auf ihre und unser aller Kosten absichern. Es wird Zeit, dass dieser üblen Praxis ein Riegel vorgeschoben wird.



FOTO: OTTO MEIER



FOTO: KARL BRUNNER

„Digitale Arbeit“ diskutierten Mitglieder der EBCA, des Zusammenschlusses christlicher ArbeitnehmerInnen-Bewegungen Europa, in Birmingham
 Bild rechts: Gabriele Kienesberger, KABÖ, referierte zu ethischen Aspekten der Digitalisierung in der Katholischen Soziallehre

Digitale Entwicklungen gestalten

Tagung der Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen

Vom 18. bis 20. Oktober 2018 fand im englischen Birmingham die internationale Tagung „Digitale Arbeit - arbeiten jederzeit und überall - Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien“ statt. Eingeladen hatte die Europäische Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen (EBCA), gekommen waren VertreterInnen christlicher ArbeitnehmerInnen-Verbänden aus zehn europäischen Ländern, darunter Gabriele Kienesberger von der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreichs, die zu ethischen Aspekten der Digitalisierung auf Grundlage der Katholischen Soziallehre von Rerum Novarum (1891) über Laborem Exercens (1981) bis zu Laudato Si' (2016) referierte. Ergebnis der Tagung war eine gemeinsame Deklaration der EBCA, die im Folgenden in Auszügen wiedergegeben ist.

Die Digitalisierung hat sowohl negative als auch positive Dimensionen. Die Herausforderung besteht darin, diese Entwicklungen zu gestalten. Dabei gilt es zu fragen, wie sind die ArbeitnehmerInnen privat und besonders auch in der Arbeit betroffen und wie gehen sie mit den sich daraus ergebenden Veränderungen um. Es ist zu fragen, wie kann umfassend sichergestellt werden, dass die Würde des Menschen gewahrt und geschützt werden kann. Der Mensch ist für uns heilig, weil er Ebenbild Gottes ist. Auf den Punkt gebracht, kann man formulieren: Die technischen Entwicklungen haben den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Diese optimistische Perspektive wird durch ernstzunehmende Ängste und übermächtig erscheinende Medienoligarchen bzw. Datenkonzerne überschattet. Gleichzeitig stellt die Digitalisierung für die Menschen mitunter auch eine Überforderung dar, wenn die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen, wenn jeder Schritt

und jede Äußerung überwacht werden kann, wenn am Familientisch immer die ganze digitale Welt anwesend ist, wenn die Zusammenhänge und technischen Abläufe nicht erfasst und verstanden werden können. Ein auch für die ArbeitnehmerInnen besonders relevanter Aspekt, der aus unserer Sicht in der Diskussion unterbeleuchtet bleibt, ist die ökologische Seite der Digitalisierung. Neben den digitalen Transformationsprozessen müssen wir uns auch der ökologischen Transformation widmen. Die Wachstumsfrage muss mit der Menschenwürde und mit der Ökologie, die die Lebensgrundlage für uns alle sicherstellt, verbunden werden. Als EBCA wollen wir aktiv und mit Zuversicht an die Herausforderungen durch die Digitalisierung herangehen. Wir nutzen unser unterschiedliches methodisches Vorgehen, um die Erfahrungen der arbeitenden Bevölkerung zu erfassen und zu bündeln. Weiterhin wollen wir die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, der Kirche, der

Politik und der Zivilgesellschaft verstärken und in den Auseinandersetzungen unsere christlichen Werte einbringen und unterstreichen. Aufgrund der Komplexität des Themas erscheint uns die Bildung ein zentraler Schlüssel für die Gestaltung des Prozesses zu sein. Daher werden wir uns unter anderem mit der Reflexion der Sozialkommission der COMECE zum Thema „Die Zukunft der Arbeit gestalten“ auseinandersetzen und mit unseren Erfahrungen anreichern. Dazu wird die Koordinationsgruppe bei ihrer nächsten Sitzung erste Arbeitsschritte unternehmen. Im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der „Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)“ werden wir uns einbringen und die Möglichkeiten der Vernetzung nutzen, um die WBCA in ihrer Arbeit in der Gruppe der katholisch inspirierten Organisationen bei der ILO zu unterstützen. Eine gemeinsame Aktion zum Tag der menschenwürdigen Arbeit am 7. Oktober 2019 soll in den Kontext des ILO-Jubiläums gestellt werden.

ZUR PERSON

Michaela Pröstler-Zopf hat mit November dieses Jahres die Leitung der Betriebsseelsorge der Diözese Linz von Anna Wall-Strasser übernommen. FOTO: PRIVAT



Her mit dem ganzen Leben!

Das ist eine Liedzeile aus dem 1912 entstandenen Lied „Brot und Rosen“. Der Kontext für die Entstehung war der Streik von mehr als 20.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA, für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen.

Ich singe diese Liedzeile regelmäßig, oft mit großer Verbundenheit und Überzeugung, manchmal auch mit viel Nachdenklichkeit und hinterfragend, wie wir, die Frauen und ArbeitnehmerInnen heute, bei dieser Forderung anschließen können.

Ich erlebe und sehe große Umbrüche in den Arbeitswelten und sehe auch die Klüfte, die sich gesellschaftlich auftun. Rechtspopulistische Regierungen und Parteien in Europa und weltweit spalten ArbeitnehmerInnen. Die Ideen von „Leistungsgesellschaft“ ist und wird in den Köpfen vieler festgesetzt. Scheinbar steht es nur denen zu, das „ganze Leben“ zu fordern, die auch dementsprechend Leistung bringen. Gleichzeitig wird vielen Menschen über Entzug von Erwerbsarbeit der Zugang zur Gesellschaft verwehrt. Sie werden immer mehr ins Abseits gedrängt, schlecht und faul geredet und mundtot gemacht. Ein fahler Geschmack von individueller Ohnmacht macht sich breit, viele resignieren und sind damit beschäftigt, die eigene Existenz zu sichern.

Wo bleibt die Solidarisierung von ArbeitnehmerInnen heute? Wo wird laut und selbstbewusst die Forderung nach dem guten Leben für alle gestellt und konsequent verfolgt?

Angesichts dieser Fragen richte ich meinen Blick auf die junge Generation von BetriebsseelsorgerInnen, die ich im Kurs „Hingehen“ und in der Diözese Linz begleiten darf. Die TeilnehmerInnen vom Kurs „Hingehen“ - dem Ausbildungskurs für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt - berichteten im Herbst 2018 von ihren Erfahrungen im Praktikum Arbeitswelt.

Sie waren in den unterschiedlichsten Feldern von Arbeitswelt im Einsatz und erzählten vom einfachen Tun, vom füreinander Dasein von ArbeitskollegInnen, die konsequent aufs Gemeinsame schauen und Neue nahtlos und, ohne ihre Daseinsberechtigung zu hinterfragen, aufnehmen. Sie erzählten

von kollegialer Kommunikation, die über die muttersprachlichen Barrieren hinweg funktioniert und von BetriebsrätInnen, die sich für ihre Leute einsetzen und ein offenes Ohr haben.

Ich sehe es als die große Aufgabe der Kirchen, der christlichen Gemeinschaften, laut und deutlich ermutigende Geschichten vom „ganzen Leben“ weiter zu erzählen und somit die Botschaft vom Reich Gottes zu verkünden. Papst Franziskus hält in Evangelii gaudium fest, dass Evangelisieren „die Botschaft vom Reich Gottes in der Welt gegenwärtig zu machen“ bedeutet (EG 176). Das Evangelium ist für uns ChristInnen die Botschaft vom guten Leben, von der Hoffnung und vom Heilswirken Gottes. In Zeiten der Verunsicherung, in Zeiten von Umbrüchen, wird es diesen Prozess der Vergegenwärtigung brauchen. Seelsorge in der Arbeitswelt kann dazu einen Beitrag leisten, davon bin ich überzeugt.

Die Betriebsseelsorge der Diözesen Linz und St. Pölten haben im letzten Arbeitsjahr an ihren jeweiligen Berufsprofilen gearbeitet. In den Endergebnissen ist ein klarer roter Faden ersichtlich.

Betriebsseelsorge ist mit den Menschen in und am Rand der Arbeitswelt unterwegs. Sie ist besonders dort gefragt, wo Brüche sichtbar werden, Menschen unter Druck und in Not geraten. Eine gute Kenntnis der Lebens- und Arbeitssituationen der Menschen ist wesentlich für die Arbeit. Betriebsseelsorge will solidarische, prophetische und missionarische Kirche sein: hingehen und hinsehen, laut sagen, was ist, ein- und auftreten für soziale Gerechtigkeit sowie handeln, Gemeinschaften bilden, miteinander unterwegs sein und feiern sind wichtige Grundhaltungen in den Berufsprofilen.

Ich durfte mit Anfang November der Leitung der Betriebsseelsorge der Diözese Linz von Anna Wall-Strasser übernehmen. Ich darf somit den Rahmen und das Feld, in der Seelsorge in der Arbeitswelt wirksam sein kann, mitgestalten. Ich freue mich darauf, aus vielen Ecken und von vielen unterschiedlichen Stimmen die Forderung nach dem ganzen Leben zu hören.

Gibt es noch eine Sonntagskultur?

Kroatien auf dem Weg zur Sonntagsruhe im Handel

Am 9. November 2018 fand an der Kroatischen Katholischen Universität in Zagreb auf Einladung des Rektors Dr. Željko Tanjić und des Franziskaners Bože Vuleta die 3. Konferenz der Kroatischen Sonntagsallianz statt. Zur Diskussion über die Sonntagskultur in ihrem Land luden sie VertreterInnen der kroatischen Sonntagsallianz, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Gewerkschaften, des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums, sowie die kroatische Europaabgeordnete Marijana Petir, Frank-Dieter Fischbach von der Europäischen Sonntagsallianz aus Brüssel, Gabriele Kienesberger von der Allianz für den freien Sonntag Österreich und Zdenko Babic, Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb, als ImpulsgeberInnen ein. VON: GABRIELE KIENESBERGER

Die kroatische Europaabgeordnete Marijana Petir stellte in ihrem Statement die Ergebnisse einer Studie der Agentur Media Net vor, laut der 50% der Beschäftigten in Kroatien in der „Roten Zone“ arbeiten, d.h. regelmäßig Überstunden machen. Laut Eurostat-Ergebnissen steht Kroatien an der Spitze jener Länder, in denen ein ausgesprochen hoher Anteil der Menschen Sonntagsarbeit leistet, und rangiert in Folge in der Frage der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben an letzter Stelle im Ranking der EU-Länder.

Eine Studie zur Einführung des arbeitsfreien Sonntags zeigt, dass 90 Prozent der kroatischen Bürger und Bürgerinnen der Meinung sind, dass ein arbeitsfreier Sonntag eingeführt werden soll. Marijana Petir betonte, dass aufgrund fehlender EU-Regelungen für Wochenendarbeit, eben die Regierung der Republik Kroatien gefordert sei, den freien Sonntag für Beschäftigte im Handel durch eigene Gesetze festzulegen.

Sonntagsarbeit in Österreich

Gabriele Kienesberger von der österreichischen Sonntagsallianz und der Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreich betonte, dass gesetzlich geregelte Sonntagsruhe eindeutig mit Freiheitsgewinn gleichzusetzen sei, weil sie Willkür und Ausbeutung einen Riegel vorschleibe. Sie sprach über die Arbeitszeitregelung in Österreich, die

grundsätzlich den arbeitsfreien Sonntag für viele Menschen gut absichert, aber Ausnahmeregelungen vorsieht, unter anderem in Tourismusgebieten, für Beschäftigte in Bereichen, die der allgemeinen Sicherheit dienen, dem öffentlichen Verkehr, der Krankenversorgung und im Pflegebereich.

Kienesberger musste aber auch das Bild von Österreich als Paradebeispiel für Sonntagsruhe zurechtrücken, da mit der seit 1. 9. 2018 per Gesetz festgelegten Möglichkeit, an vier Sonntagen im Jahr zur Arbeit herangezogen werden zu können, eine neue Realität für alle, nicht bloß für Beschäftigte in bestimmten Branchen erlaubt ist. Sie warnte davor, dass es in Österreich bald heißen könnte: Sonntags frei ist vorbei!

Work-Life-Balance im EU-Parlament

Frank Dieter Fischbach berichtete über die Initiative der Europäischen Sonntagsallianz die Work-Life-Balance mit Europaabgeordneten aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu thematisieren. So wurde in den letzten 3 Jahren im Europäischen Parlament mit ArbeitgebervertreterInnen, mit Sport- und Freizeitverbänden, mit dem Soziologen Hartmut Rosa und VertreterInnen der nationalen Sonntagsallianzen regelmäßig die Notwendigkeit von beständigen Rhythmen und Verlässlichkeiten bezüglich des freien Sonntags bekräftigt. Er erwähnte auch die Ergebnisse von europäischen Studien, dass Sonntagsarbeit, sowie überhaupt Arbeit zu „unso-



Marko Miličević, Bürgermeister der kroatischen Gemeinde Ivankovo FOTO: G. KIENESBERGER

zialen Zeiten“, erhöhte Anfälligkeit für physische und psychische Erkrankungen der ArbeitnehmerInnen verursache.

Einkommen bestimmt Konsumausmaß

Zdenko Babic, Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb, erklärte aus seinem Forschungsbereich, dass die Öffnungszeiten keineswegs die oftmals angeführte Wirkung auf den persönlichen Konsum habe. Die persönlichen Ausgaben hängen vorrangig vom Einkommen ab und somit seien die Öffnungszeiten ohne Umsatzeinbußen durchaus beschränkbar.

Große Zustimmung zur Sonntagsruhe

Im zweiten Teil der Konferenz nahmen VertreterInnen von Handelsketten, welche die Initiative der Kroatischen Allianz für den arbeitsfreien Sonntag unterstützen, an der Podiumsdiskussion teil. Sie vertraten die Auffassung, dass die Regierung der Republik Kroatien ein entsprechendes Gesetz zur Sicherung der Sonntagsruhe im Handel erlassen solle.

Unsere Zukunft ist unsere Arbeitszeit

Die gesetzlich nicht regulierten Öffnungszeiten in Kroatien erlauben Eigeninitiative einzelner Gemeinden. Die 8.400 Einwohner zählende Gemeinde Ivankovo wurde bezüglich Sonntagsruhe im Handel erfolgreich aktiv. Unter dem Titel „Unsere Zukunft ist unsere Arbeitszeit“, so erzählte der Bürgermeister Marko Miličević, führte man in seiner Gemeinde eine Analyse durch, wieviel Energieverbrauch durch Kühlgeräte, Zulieferung etc. am Sonntag durch offene Geschäfte anfiel. Es gab Befragungen über die Wünsche der Bevölkerung, ob sie im Handel die Sonntagsruhe akzeptieren würden.

Die Handelsketten und Einzelhändler stellten klar, dass sie nicht wegen des Umsatzes am Sonntag öffnen würden, sondern nur wegen der Konkurrenz. Schließlich entschied der Gemeinderat folgende Lösung: Grundsätzlich bleiben am Sonntag die Geschäfte zu. Ein mobiler Handel am Sonntag ist nur für Brot und Milch erlaubt und zwar gegen eine Straßenmiete, die so berechnet ist, dass sich dieser mobile Handel nur

für Ortsansässige auszahlt und nicht für Händler, die von weit her fahren müssen.

Zeitwohlstand wird Wirklichkeit

Seit am Sonntag geschlossen ist, hat sich in manchen Geschäften der Umsatz gesteigert, weil die Menschen am Samstag mehr einkaufen für ihre sonntäglichen Grillfeste und Familien-

feiern, die jetzt wieder zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind. Der Bürgermeister konnte über durchgehend positive Rückmeldungen zu dieser Initiative berichten, denn ein verlässlicher arbeitsfreier Sonntag im Handel bringt Zeitwohlstand für die vielen Handelsangestellten und einen enormen Zuwachs an Lebensqualität für die betroffenen Familien!



Vertreter der Konrad Adenauer Stiftung; Sonntagsallianz-Team der Kroatischen Kath. Universität in Zagreb (Fr. Bože Vuleta, Anita Šakić, Sr. Anabilis Jurić, Ivana Brstilo Lovrić); Gabriele Kienesberger, Österr. Sonntagsallianz; Frank-Dieter Fischbach, Europ. Sonntagsallianz

V.l.n.r. FOTO: G. KIENESBERGER

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Mag.a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350**

Auf den Spuren eines Heiligen unserer Tage

Eindrücke von einer Reise nach Polen

„Keiner kommt von einer Reise so zurück, wie er weggefahren ist“ – wie weit dieser Graham Greene zugeschriebene Satz auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen Pfarr-Reise nach Südpolen zutrifft, muss jede(r) der Mitreisenden für sich selbst entscheiden – an Anregungen und Eindrücken hat es bei dieser Reise in den letzten Oktobertagen sicher nicht gefehlt. Ein Bericht von Johannes Labner

Waren doch das Ziel bei der vom Reisebüro LOGOS organisierten Fahrt mit Breslau und Krakau zwei Kulturstätten, die eine Fülle von Kulturbauten und geschichtsträchtigen Orten aufweisen, die nicht nur für Polens Geschichte Bedeutung haben, sondern auch an die habsburgische Vergangenheit unserer Heimat erinnern. Zudem gab der Besuch des Nationalheiligtums Tschestochau Einblick in den polnischen Katholizismus. Auch lenkte das Wandeln auf den Spuren des ehemaligen Erzbischofs Karol Wojtyla und späteren Papst Johannes Paul II. in Krakau und Wadowice die Aufmerksamkeit auf das Wirken eines Heiligen unserer Tage, der nicht unwesentlich gemeinsam mit der Solidarnosc-Bewegung zur Neugestaltung Europas beigetragen hat.

Betroffenheit über den hier tobenden NS-Terror hinterließ der Besuch von Auschwitz und der Gang durch das Judenviertel in Krakau, die ebenso auf dem Programm dieser Reise standen.

Und so ergaben sich neben dem unerfreulichen Erlebnis einer Bus-Panne am Anreisetag mit verspäteter Hotel-Ankunft an den besuchten Kultur-Stätten zahlreiche Gespräche über Gott und die Welt, die in Offenheit und Toleranz untereinander geführt wurden. Dieser Austausch über Konfessions- und Religionsgrenzen hinweg, der sich hier beispielsweise auch bei einem abendlichen Roundtable-Gespräch im Wallfahrtsort der „Schwarzen Madonna“ ergab, wird mir als Reiseleiter von dieser Polenfahrt neben viele persönlichen Gesprächen dankbar in Erinnerung bleiben.



Reisegruppe vor Rathaus in Breslau

FOTOS: JOHANNES LABNER



Gedenktafeln in Auschwitz



Glasfenster mit Porträt von Johannes Paul II in der Garnisonskirche in Breslau

„Kirchorte“ in der Arbeitswelt

Diözese Graz-Seckau will neue Erfahrungsräume von Kirche schaffen

In der Diözese Graz-Seckau werden ab Herbst 2018 die ersten Maßnahmen der Strukturveränderungen umgesetzt, die nach einer intensiven Beratungsphase und unter Einbeziehung von vielen haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen erarbeitet wurden. Ausgehend vom Zukunftsbild sind wir aufgefordert, die Chancen zu nützen und Kirche neu zu denken und zu entwickeln. Ein Bericht von Franz Windisch.

Eine dieser Aufgaben und wohl auch eine gute Gelegenheit für die KAB ist der Auftrag, neue Erfahrungsräume von Kirche zu schaffen. Im Zukunftsbild werden diese Erfahrungsräume als „Kirchorte“ bezeichnet und als „innovative, selbstorganisierte Formen des Kirche-Seins mit und für Menschen, die bisher nicht regelmäßig am kirchlichen Leben teilgenommen haben“. Diese Bezeichnung ist relativ weit gefasst, hat aber dadurch den Vorteil, dass es an uns selber liegt, solche Kirchorte zu finden und zu gestalten. Zum Beispiel kann auch ein Arbeitsplatz, wo viele Menschen täglich zusammenkommen, ein neuer kirchlicher Erfahrungsraum werden. Denn wir haben als Kirche gerade auch bei Themen wie „Arbeitswelt, Wirtschaft...“ viel einzubringen. Die Katholische Soziallehre muss nicht neu erfunden werden, christliche Werte werden von vielen PolitikerInnen gerne in ihren Reden angesprochen. Gerade Papst Franziskus ermutigt uns ständig, uns sozial zu engagieren. Wichtig ist dabei, dass die KAB nicht parteipolitisch vereinnahmt wird und dass bei unserem Engagement die christlichen Wurzeln stets deutlich erkennbar bleiben. Das Denken in größeren Einheiten (Seelsorgeräumen), neue Aufgaben und Strukturen stellen uns natürlich vor neue Herausforderungen. Pfarren werden weiterhin Zentren mit einem vielfältigen und bunten Angebot für viele Menschen sein. Darüber hinaus gibt es aber neue Chancen, um mit Menschen in Kontakt zu kommen, die bisher von diesem Angebot noch nicht erreicht



KAB-Mitglieder auf Betriebsbesuch in der voestalpine, Linz FOTO: JOHANNES LABNER

wurden. Nehmen wir diese Herausforderung an und reden wir mit den Menschen über „gute Arbeit, den freien Sonntag, nachhaltiges Wirtschaften und was wir Christen und Chrstinnen

unter Solidarität verstehen“, nicht nur am Sonntag in der Kirche, sondern auch unter der Woche und an ganz neuen Orten.

ZeitZeichen

MAGAZIN FÜR KIRCHE UND ARBEITSWELT

Mit Beiträgen u.a. von:

Stephan Schulmeister
Veronika Bohrn Mena
Erwin Zangerl
Renate Anderl
Martin Risak
Ulrich Brand
Andreas Gjecaj ...

3 Ausgaben gratis anfordern bei:

ZeitZeichen, Spiegelgasse 3/2/6,
1010 Wien oder kab.office@kaoe.at

Sie erhalten drei Ausgaben „ZeitZeichen“ gratis und unverbindlich. Danach endet das Test-Abo automatisch.

Jetzt
3 Ausgaben
ZeitZeichen
kostenlos
testen!



www.kaboe.at **KAB**

Nachrichten aus Brasilien

Streiks und Gewalt, aber auch Hoffnung

Der von der KAB unterstützte österreichische Pater Felix Poschenreithner COP berichtet in regelmäßigen Abständen aus seinem Sozialprojekt in Brasilien. Hier eine gekürzte und ergänzte Fassung eines Textes, der im Juni dieses Jahres an die KAB erging. VON: PATER FELIX POSCHENREITHNER COP/PHILIPP KUHLMANN

Ende Mai legte ein Streik der LKW-Fahrer Brasilien lahm und traf alle völlig unvorbereitet. Sie blockierten die wichtigsten Straßen und Autobahnen an strategischen Punkten in ganz Brasilien und blockierten die Zufahrt zum wichtigsten Hafen Brasiliens. Am 2. bzw. 3. Tag des Streiks gaben sie zwar auf Grund eines richterlichen Befehls die Straßen frei, blieben jedoch am Straßenrand stehen. In wenigen Tagen zeigte sich, wie verwundbar Brasilien ist: Es gibt keine Alternative zu den LKW, da die wenigen Zugverbindungen lediglich Mineralien zu den Küsten bringen. Durch den Streik ist die ganze Versorgungskette zusammengebrochen. Es gab nach wenigen Tagen kein Obst und Gemüse mehr in den Geschäften, keinen Treibstoff an den Tankstellen. Sogar wichtige Medikamente fehlten. Die Situation wurde immer bedrohlicher. In der Agrarindustrie, wo tausende Rinder und Schweine und Millionen von Hühnern gezüchtet werden (Brasilien ist der weltgrößte Exporteur von fleischlichen Proteinen), drohte das Futter auszugehen, die Tiere drohten zu verenden. Obwohl horrend Strafen für die Streikenden angedroht wurden, dauerte der Streik an. Die Regierung verhandelte und machte kostspielige Zugeständnisse: Unter anderem wurde Diesel verbilligt, indem auf bestimmte Abgaben verzichtet wurde. Das bedeutet ein weiteres Milliardenloch im prekären Staatshaushalt.

Trotz der Probleme und Nachteile, die der Streik für viele brachte, galt die Sympathie den Streikenden (laut Umfragen über 90% Zustimmung). Eine

andere Umfrage ergab, dass 87 % der Bevölkerung die Arbeit der Regierung als schlecht oder sehr schlecht einstufen. Nur 3% halten die Regierung für gut bzw. sehr gut. Nach 8 bis 11 Tagen (je nach Bundesstaat) wurde der Streik beendet, und alles begann sich zu „normalisieren“. Doch hat der Streik tiefe Spuren hinterlassen. (Nachtrag der Redaktion: Eine Konsequenz ist mittlerweile bekannt: ab 1.1.2019 ist der rechtskonservative neoliberale Jair Bolsonaro Präsident Brasiliens, wobei sich ca. 29 % der über 147 Millionen Wahlpflichtigen durch Nicht- oder ungültiges Wählen „deklarierten“).

Gewalt

Anfang des Jahres hat die Regierung über eine Verordnung ein großes Militär-Kontingent für Rio de Janeiro abgestellt, da die Sicherheit von der Polizei nicht mehr gewährleistet werden konnte. Bis Ende des Jahres sollen die Militärs mithelfen, die Sicherheit in der Stadt einigermaßen in den Griff zu bekommen. Praktisch alle namhaften ExpertInnen sind der Meinung, dass diese Aktion nicht viel bringen wird, außer enorm hohe Kosten.

Hier müsste viel grundsätzlicher und fundierter – über soziale Programme, Beseitigung der großen Missstände in Politik und Wirtschaft, soziale Ungerechtigkeiten, Bildung usw. – vorgegangen werden. Ein großes Problem, neben den verschiedenen Banden und Fraktionen, sind die „Milizen“, Mafia-ähnliche Banden von Verbrechern und Polizisten, die Schutzgelder von allen Geschäften und Betrieben erpressen. Brasilien ist in absoluten Zah-

len das Land mit der höchsten Anzahl an Morden an Jugendlichen weltweit (11.403 - gefolgt von Indien mit 3.318).

Unser Einsatz

Im Dezember gab es wieder unsere große Show „Adolêschwartz“, bei der vor allem die Gruppe „Arte Calasantina“ brillierte: Es wurde szenenhaft das Leben unseres Ordensgründers nachgezeichnet und durch effektvolle Tanzeinlagen bereichert. Trotz regnerischen und feuchten Wetters wurde die Show ein voller Erfolg. Seit Wochen ist die „Juventude Calasantina“ mit der Vorbereitung des nächsten „Calacamp“ beschäftigt. Die Vorbereitung und Durchführung dieses speziellen Lagers für junge Menschen ab dem 16. Lebensjahr ist sehr arbeits- und diesmal auch kostenintensiv. Vier Jugendlichen haben wir einen Basiskurs in Informatik ermöglicht. Sprachkurse sollen folgen. Weitere Jugendliche machen universitäre und außeruniversitäre Kurse.



INFO

Vereinsnews aus Wien:

Wir haben die Adressliste bereinigt. Sollte jemand den Rundbrief nicht mehr bekommen wollen oder sollten Sie jemanden kennen, der ihn unbedingt möchte: Bitte melden bei Regina Springer: projekt-neue-hoffnung@gmx.at

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Ernst Pöschl, Geistlicher Assistent der KAB-Burgenland FOTO: PRIVAT



Ein Fall aus dem Gefangenenhaus hat mich besonders betroffen gemacht.

Ein junger Mann war verurteilt worden, weil er einen Polizisten, der ihm den Führerschein abnehmen wollte, beiseite gedrängt hatte. Er erhielt dafür eine Strafe von acht Monaten Gefängnis. Dazu bekam er die sogenannte „Maßnahme“, das heißt er kommt erst dann frei, wenn die Gutachter dies für richtig halten. Seine Mutter ist ganz verzweifelt, denn aus den acht Monaten sind bereits 8 Jahre Gefängnis geworden, ohne absehbares Ende.

Ich war mit der Mutter des jungen Mannes bei der Volksanwältin. Ich fand dort volles Verständnis, und mir wurde die große Bedeutung dieser Einrichtung bewusst. Ich habe dort deponiert, dass es folgenden Beschluss des Oberlandesgerichts Wien aus dem Jahre 2016 gibt: „Die Anstaltsleitung ist verpflichtet folgend den gesetzlichen Bestimmungen die Aufhebung der Maßnahme möglichst rasch und zeitnah zum urteilsmäßigen Strafende zu erreichen“.

CHRISTLICH geht anders DAS SPIEL

Gesellschaftliche Fragen aus christlicher Perspektive
Diskussionsspiel der kfb und der Initiative Christlich geht anders

- Quizfragen
- Stammtischparolen
- Wahr oder falsch
- Verkehrtes Tabu
- Pantomime ...

„Altersarmut ist weiblich“
Die durchschnittliche Alterspension für Frauen beträgt nur 842 Euro. Um wieviel Prozent erhalten Frauen weniger als Männer?

A - 10% weniger Pension als Männer
B - 20% weniger Pension als Männer
C - 40% weniger Pension als Männer

Deine Meinung und die deiner MitspielerInnen ist gefragt.
Wir möchten von dir die Politik erörtern, denn die Politik ist eine der wichtigsten Familien der Nachkriegszeit, denn sie stellt das Gemeinwohl (Franz Franzek)

Wann fordert uns der Papst auf? Wann und wo können/können wir uns in die Politik einschleusen? Wo gelingt uns das, welche Erfahrungen haben wir schon gemacht, was fördert uns?

PREIS € 7,50

Ab 16 Jahren. Für 6-12 Personen.

BESTELLUNG: www.christlichgehtanders.at

Stern, der uns den Aus-Weg weist ...

Mit dieser Krippe der österreichischen Krippenbauerin Marlene Moss, die die Heilige Familie in einer Lücke der Bethlehem-Mauer zeigt, wünschen Ihnen das Redaktionsteam von ZeitZeichen und die KAB-Bundesleitung ein frohes Weihnachtsfest: Friede den Menschen dieser Erde!

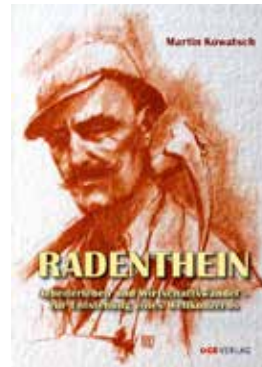


FOTO: SIEGRID BECKER

BUCH-TIPP



Ursula Müller
Unbehindert arbeiten
Wie Menschen mit Behinderung ihre Berufsziele erreichen
englische Broschur,
Mandelbaumverlag, 2018
ISBN 978-3-85476-579-0
230 Seiten
Preis: € 18,00



Kowatsch Martin
Radenthein
Arbeiterleben und
Wirtschaftswandel –
zur Entstehung eines
Weltkonzerns
ÖGB-Verlag Wien, 2018
ISBN 978-3-99046-377-2
320 Seiten
Preis: € 19,90

Welche Unterstützung brauchen Menschen mit Behinderung, um ihre Berufsziele zu erreichen? Viele Menschen mit Behinderung wollen arbeiten und ihr eigenes Geld verdienen. Nur haben sie schlechte Karten am Arbeitsmarkt und finden sehr schwer einen Job. Sie seien nicht leistungsfähig, dauernd krank und unkündbar, so ein weitverbreitetes Vorurteil. Doch wie schaut die Realität aus? »Meine Arbeit bedeutet für mich Glück und Erfüllung«, sagt Sreco Dolanc über seine Tätigkeit in einer Apotheke. Der gebürtige Slowene ist vermutlich der erste und einzige gehörlose Apotheker in Europa, der im Verkauf und in der Beratung arbeitet. Seine Chefin bewies mit seiner Anstellung nicht nur Mut und Engagement, sondern auch unternehmerischen Weitblick, denn sie eröffnete sich damit eine neue Kundenschicht, die Gehörlosen-Community.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen in diesem Buch, das aufzeigt, wie alle davon profitierten, wenn die von Österreich unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt würde: Sie besagt, dass alle Menschen ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

Zum Kennenlernen bietet **ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:**

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Radenthein entwickelte sich vom „Bauerndorf“ zur Industriegemeinde. Es ist der Werdegang einer Region, der zu Wohlstand und modernem Leben für viele Menschen in mehreren Generationen führte. Die fortwährenden wirtschaftlichen Veränderungen brachten immer wieder neue Anforderungen für den Wirtschafts-, den Gesellschafts- und den Bildungsbereich. Eine starke ArbeiterInnenbewegung, geprägt durch diese Industrialisierung und die einhergehende gewerkschaftliche Organisation beeinflussten über Jahrzehnte die Region von Radenthein. Hervorgerufen durch den Wirtschaftswandel gab es im Laufe der Zeit wesentliche Veränderungen für den Ablauf im Betrieb, aber auch für die von ihm abhängigen Menschen. Sie blieben vielen positiv in Erinnerung. Das Werk setzte in der Bildungspolitik vorbildliche regionale Impulse. Es kam zu einem bildungsmäßigen und sozialen Anstieg. Doch es war auch ein mit Unterstützungen zugekaufter Einfluss der Geldgeber. Trotz der Zuwanderung aus vielen Teilen Europas, trotz vieler Sprachen und Kulturen konnte sich in der Region Radenthein das soziale System, das Bildungssystem und das Gesellschaftssystem im stetigen Wandel ebenso vervollständigen wie an der Aufklärung über demokratische Grundsätze zwischen ArbeitnehmerInnenvertretung und Firmenleitung gemeinsam festgehalten wurde.

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien